

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	v
Inhaltsverzeichnis .....	xI
Einleitung .....	1
§ 1 Problemaufriss .....	1
§ 2 These und Gang der Untersuchung .....	5
Erster Teil: Die europäische Rechtsstaatskrise als juristisches Problem .....	7
§ 3 Zum Untersatz: Kontextbildung als gedankliche Operation zur Erfassung der Rechtsstaatskrise als generelle Tatsache .....	11
A. Demokratische Justizsysteme im Fokus autoritärer Transformationen .....	11
B. Uneindeutigkeit als Rechtsproblem .....	34
C. Kontextbildung als entscheidender Vorgang auf Tatsachenebene .....	37
D. Ergebnis zu § 3 .....	48
§ 4 Zum Obersatz: Justizierbarkeit und Konkretisierung von Art. 2 EUV .....	51
A. Zur Tragweite einer rechtlichen Verbindlichkeit des Art. 2 EUV .....	52
B. Zur Rechtsverbindlichkeit des Art. 2 EUV .....	53
C. Gefahren einer Werteoperationalisierung .....	70
D. Ergebnis zu § 4 .....	82

§ 5 Ergebnisse des ersten Teils in Thesen .....	83
Zweiter Teil: Systemische Mängel in Justizsystemen – Operationalisierte Rechtsstaatlichkeit als Vertrauensgrenze im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	85
§ 6 Recht, Vertrauen, Gemeinschaft – Zum Wertefundament des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	87
A. <i>Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Rechtsprinzip im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts</i> .....	89
B. <i>Achtung der gemeinsamen Werte des Art. 2 EUV als Vertrauensvoraussetzung</i> .....	98
C. <i>Gegenseitiges Vertrauen als horizontale Dimension einer europäischen Rechtsstaatskrise</i> .....	102
D. <i>Ergebnis zu § 6</i> .....	105
§ 7 Entstehung und Bedeutung des Begriffs der systemischen Mängel in Justizsystemen .....	107
A. <i>Richterrechtliche Genese des Begriffs der systemischen Mängel in Justizsystemen</i> .....	107
B. <i>Annäherung an den Begriff der systemischen Mängel in Justizsystemen</i> .....	149
C. <i>Fehlen einer abschließenden Begriffsdefinition</i> .....	161
D. <i>Ergebnis zu § 7</i> .....	165
§ 8 Ergebnisse des zweiten Teils in Thesen .....	167
Dritter Teil: Systemische Mängel in Justizsystemen als Anwendungsfall einer Kontextmethode in der horizontalen Aufsicht über die nationalen Justizsysteme der Mitgliedstaaten .....	169
§ 9 Normebene: Zur Begründung einer Kontrollkompetenz der Union in der rechtsförmigen Aufsicht über nationale Justizsysteme .....	171
A. <i>Herausforderungen auf Normebene</i> .....	171
B. <i>Gegenseitige Verstärkung von Art. 47 GRC, Art. 19 EUV und Art. 2 EUV</i> .....	172

<i>Inhaltsübersicht</i>	<b>IX</b>
<i>C. Systemische Mängel im Lichte übergeordneter Deutungsangebote</i> . . . . .	190
<i>D. Ergebnis zu § 9</i> . . . . .	204
<b>§ 10 Tatsachenebene: Zur Bündelung von Legitimationsressourcen durch die Kontextmethode in der dezentralen Aufsicht über die nationalen Justizsysteme</b> . . . . .	205
<i>A. Herausforderungen auf Tatsachenebene</i> . . . . .	205
<i>B. Systemische Mängel in Justizsystemen als Ausdruck einer ebenenverschränkenden Kontextmethode</i> . . . . .	206
<i>C. Verschiebungen im institutionellen Gefüge der europäischen Verfassungsaufsicht durch die Kontextmethode in der zwischenstaatlichen Konstellation</i> . . . . .	219
<i>D. Ergebnis zu § 10</i> . . . . .	259
<b>§ 11 Ergebnisse des dritten Teils in Thesen</b> . . . . .	261
<b>Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse in Thesen</b> . . . . .	263
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	267
<b>Sachregister</b> . . . . .	283

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	v
Inhaltsübersicht .....	vii
Einleitung .....	1
§ 1 Problemaufriss .....	1
§ 2 These und Gang der Untersuchung .....	5
Erster Teil: Die europäische Rechtsstaatskrise als juristisches Problem .....	7
§ 3 Zum Untersatz: Kontextbildung als gedankliche Operation zur Erfassung der Rechtsstaatskrise als generelle Tatsache .....	11
A. Demokratische Justizsysteme im Fokus autoritärer Transformationen .....	11
I. Autokratische Transformationen .....	11
II. Autocratic Legalism und abusive constitutionalism .....	13
III. Gezielter Umbau demokratischer Justizsysteme .....	15
1. Umbau oder Abbau der Justiz? .....	16
a) „Im Namen des Volkes“: Justiz in demokratischen Verfassungsstaaten .....	16
b) „Im Namen der Herrschenden“: Disziplinierte Justiz in Autokratien .....	18
c) Systemübergreifender Begriff des Justizsystems? .....	20
2. Strategien der Richterdisziplinierung .....	20
a) Richterpersonal .....	21
aa) Besetzung und Ersetzung des Richterpersonals .....	21
bb) Ergänzung des Richterpersonals .....	22
b) Richterdisziplinarrecht .....	22
c) Overruling und Kompetenzbeschneidung .....	23
3. Polen als praktisches Anwendungsbeispiel .....	24
a) Konflikt um das Trybunał Konstytucyjny .....	25
b) Konflikt um die Richterbesetzung an den ordentlichen Gerichten .....	27

c) Konflikt um die Disziplinarkammer am Sąd Najwyższy . . . . .	31
d) Praktische Probleme eines demokratischen Folgenbeseitigungsanspruchs . . . . .	33
<b>IV. Zwischenergebnis . . . . .</b>	<b>34</b>
<b>B. Uneindeutigkeit als Rechtsproblem . . . . .</b>	<b>34</b>
I. Das Frankensteinproblem . . . . .	34
II. Gezielte Uneindeutigkeit durch Parallelisierung . . . . .	35
III. Mehrdeutigkeit als Wertungsproblem . . . . .	36
<b>C. Kontextbildung als entscheidender Vorgang auf Tatsachenebene . . . . .</b>	<b>37</b>
I. Kontexte im Recht . . . . .	37
1. Kontext, Kontextualisierung, Kontextbildung . . . . .	37
2. Kontexte in den Rechtswissenschaften . . . . .	38
3. Kontexte in der Rechtsprechung . . . . .	39
a) Tatsachenfeststellung als wertende Kontextbildung . . . . .	40
b) Der Umgang mit generellen Tatsachen als Problem gerichtlicher Rechtsanwendung . . . . .	40
c) Generelle Tatsachen vor Gericht . . . . .	41
aa) Feststellung genereller Tatsachen in verfassungsgerichtlichen Verfahren . . . . .	41
bb) Feststellung genereller Tatsachen durch die Instanzgerichte . . . . .	42
cc) Funktionelle Hürden bei der Feststellung genereller Tatsachen . . . . .	43
II. Der Umbau demokratischer Justizsysteme als generelle Tatsache . . . . .	44
III. Kontextbildung als gedankliche Operation auf Tatsachenebene . . . . .	45
1. Gerichtliche Methoden zur Feststellung genereller Tatsachen . . . . .	45
a) Richterliche Zurückhaltung zugunsten politischer Verfahren: Evidenzkontrolle . . . . .	45
b) Richterliche Zurückhaltung zugunsten der Wissenschaft: Vermittelte Kontextbildung . . . . .	46
c) Methode der mittelbaren Kontextbildung . . . . .	47
2. Anwendbarkeit auf den Umbau demokratischer Justizsysteme . . . . .	47
IV. Zwischenergebnis . . . . .	48
<b>D. Ergebnis zu § 3 . . . . .</b>	<b>48</b>
<b>§ 4 Zum Obersatz: Justizierbarkeit und Konkretisierung von Art. 2 EUV . . . . .</b>	<b>51</b>
<b>A. Zur Tragweite einer rechtlichen Verbindlichkeit des Art. 2 EUV . . . . .</b>	<b>52</b>
<b>B. Zur Rechtsverbindlichkeit des Art. 2 EUV . . . . .</b>	<b>53</b>
I. „Werte“ als außerrechtliche Kategorie? . . . . .	53

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XIII
1. „Trügerischer“ Wertebegriff .....	53
2. Zur politischen Normativität des Art. 2 EUV .....	55
a) Wertekonflikte als innergesellschaftliche Werteauseinandersetzungen .....	55
b) Art. 7 EUV: Wertedurchsetzung statt Werteverständigung? .....	55
c) Politische Normativität der gemeinsamen Werte des Art. 2 EUV .....	56
3. Zur Rechtsnormativität des Art. 2 EUV .....	57
a) Kritik an einer verfassungsrechtlichen Kategorie der Werte .....	57
b) Was folgt aus dem Schwenk auf die Werte? .....	58
II. Zur unmittelbaren Anwendbarkeit des Art. 2 EUV .....	59
1. Vermeintliche Sperrwirkung des Art. 269 AEUV .....	60
2. Rechtstechnische Besonderheiten des Art. 2 EUV .....	61
a) Normspezifische Eigenschaften des Art. 2 EUV .....	61
b) Prinzipiencharakter des Art. 2 EUV .....	62
3. Zwischenergebnis .....	64
III. Operationalisierung des Art. 2 EUV durch Wertekonkretisierung .....	64
1. Konkretisierung durch Operationalisierung statt abschließender Inhaltsbestimmung durch Interpretation .....	65
2. Wertekonkretisierung durch das Primärrecht .....	65
a) Konkretere Ausprägungen genereller Rechtsprinzipien .....	66
b) Zusammenhang von richterlicher Unabhängigkeit und Herrschaft des Rechts .....	66
c) Doppelte primärrechtliche Verankerung in Art. 19 EUV und Art. 47 GRC .....	67
3. Fortgesetzte Wertekonkretisierung durch die Rechtsprechung .....	69
IV. Zwischenergebnis .....	70
<i>C. Gefahren einer Werteoperationalisierung</i> .....	70
I. Normsystematische Vorgaben .....	71
II. Identitätskonflikte, Kompetenzdrifte und Konstitutionalisierungstendenzen .....	71
1. Spannungsfeld zum Achtungsgebot des Art. 4 Abs. 2 EUV .....	71
2. Grundsatz der begrenzten Einzelmächtigung, Art. 5 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 EUV .....	72
3. Konstitutionalisierungstendenzen offener Rechtsprinzipien .....	73
III. Strategien zur Einhegung einer Werteoperationalisierung .....	75
1. Judicial self-restraint .....	75
2. Juristische Methode .....	76
3. Institutionelle Sicherungen im Verfassungsgerichtsverbund? .....	78
IV. Zwischenergebnis .....	81
<i>D. Ergebnis zu § 4</i> .....	82

§ 5 Ergebnisse des ersten Teils in Thesen .....	83
Zweiter Teil: Systemische Mängel in Justizsystemen – Operationalisierte Rechtsstaatlichkeit als Vertrauengrenze im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	85
§ 6 Recht, Vertrauen, Gemeinschaft – Zum Wertefundament des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	87
A. <i>Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als Rechtsprinzip im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts</i> .....	89
I. „Schillernder Vertrauensbegriff“? Fünf allgemeine Feststellungen zum Vertrauen .....	89
1. Vertrauensbeziehung .....	89
2. Vertrauensobjekt .....	90
3. Abwesenheit von Sicherheit als Vertrauenvoraussetzung .....	90
4. Vertrauensfunktion .....	90
5. Eine Vermutung, keine Fiktion .....	90
II. Gegenseitiges Vertrauen als Grundlage horizontaler Kooperationen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	91
1. Ursprung im Binnenmarktrecht .....	91
2. Weitestgehende Abwesenheit des gegenseitigen Vertrauens im geschriebenen Unionsrecht .....	92
3. Entwicklung des Grundsatzes gegenseitigen Vertrauens durch den EuGH .....	93
III. Konzeptualisierung des gegenseitigen Vertrauens im RFSR .....	95
1. Vertrauensobjekt: Systemisches Vertrauen in den Grundrechtsschutz .....	95
2. Vertrauensbeziehung: Horizontales Vertrauen der Mitgliedstaaten in die Mitgliedstaaten .....	96
3. Vertrauensfolge: Verteilung von Grundrechtsverantwortlichkeit .....	97
B. <i>Achtung der gemeinsamen Werte des Art. 2 EUV als Vertrauenvoraussetzung</i> .....	98
I. Wertezentrierter Ansatz, Art. 2 EUV .....	98
II. Gleichheitszentrierter Ansatz, Art. 4 Abs. 2 EUV .....	99
III. Loyalitätszentrierter Ansatz, Art. 4 Abs. 3 EUV .....	99
IV. Stellungnahme und verbindender Ansatz .....	100
V. Zwischenergebnis .....	101

<i>C. Gegenseitiges Vertrauen als horizontale Dimension einer europäischen Rechtsstaatskrise .....</i>	102
I. Rechtsstaatlichkeit als vertrauensgenerierende Ressource .....	102
II. Rechtsstaatsdefizite als Vertrauensdefizite .....	103
III. Wertesicherung als Sicherung rechtlicher Vertrauensgrundlagen .....	103
IV. Zwischenergebnis .....	104
<i>D. Ergebnis zu § 6 .....</i>	105
<b>§ 7 Entstehung und Bedeutung des Begriffs der systemischen Mängel in Justizsystemen .....</b>	<b>107</b>
<i>A. Richterrechtliche Genese des Begriffs der systemischen Mängel in Justizsystemen .....</i>	107
I. Der Begriff der systemischen Mängel als Ergebnis höchstrichterlicher Prinzipienabwägung .....	107
1. Verbundene Rechtssachen N.S. u.a. (2011) .....	108
a) Ausgangsverfahren und Vorabentscheidungsersuchen .....	108
b) Vorabentscheidungsurteil des EuGH vom 21. Dezember 2011 .....	108
aa) Zwei-Stufen-Test als Ergebnis einer Prinzipienabwägung .....	108
bb) Dogmatische Anknüpfung im unverletzlichen Art. 4 GRC .....	109
cc) Dezentrale Feststellung und Würdigung genereller Tatsachen .....	110
c) Bedeutung der Entscheidung .....	113
2. Verbundene Rechtssachen Aranyosi und Căldăraru (2016) .....	113
a) Ausgangsverfahren und Vorabentscheidungsersuchen .....	113
b) Vorabentscheidungsurteil des EuGH vom 5. April 2016 .....	114
aa) Lautlose Übertragung der N.S. u.a.-Maßstäbe .....	114
bb) Konkretisierung der ersten Stufe .....	115
cc) Konkretisierung der zweiten Stufe .....	117
c) Bedeutung der Entscheidung .....	119
3. Zwischenergebnis .....	119
II. Operationalisierung der Rechtsstaatlichkeit aus Art. 2 S. 1 EUV .....	120
1. Rechtssache Wilson (2006) .....	120
a) Ausgangsverfahren und Vorabentscheidungsersuchen .....	120
b) Vorabentscheidungsurteil des EuGH vom 19. September 2006 .....	121
aa) Unionsrechtliche Unabhängigkeitssdogmatik .....	121
bb) Richterbesetzung als unabhängigkeitssensible Regelungsmaterie .....	123
cc) Berechtigte Zweifel der Rechtsunterworfenen als Prüfungsregel .....	124

c) Bedeutung der Entscheidung .....	125
2. Rechtssache Associação Sindical dos Juízes Portugueses (2018) .....	125
a) Ausgangsverfahren und Vorabentscheidungsersuchen .....	125
b) Vorabentscheidungsurteil des EuGH vom 27. Februar 2018 .....	126
aa) Übersetzung der Wilson-Maßstäbe in das Primärrecht .....	126
bb) Normsystematische Ordnung .....	127
cc) ASJP als dogmatische Vorbereitungsmaßnahme .....	129
c) Bedeutung der Entscheidung .....	129
3. Zwischenergebnis .....	129
III. „Systemische Mängel in Justizsystemen“ als Ergebnis einer Verbindung der beiden Rechtsprechungslinien .....	130
1. Rechtssache LM (2018) .....	130
a) Ausgangsverfahren und Vorabentscheidungsersuchen .....	130
b) Vorabentscheidungsurteil des EuGH vom 25. Juli 2018 .....	131
aa) Doppelte dogmatische Neuerung .....	131
bb) Konkretisierung der ersten Stufe .....	133
cc) Konkretisierung der zweiten Stufe .....	135
c) Bedeutung der Entscheidung .....	137
2. Verbundene Rechtssachen L und P (2020) .....	138
a) Ausgangsverfahren und Vorabentscheidungsersuchen .....	138
b) Vorabentscheidungsurteil des EuGH vom 17. Dezember 2020 .....	139
aa) Festhalten an der Zweistufigkeit .....	139
bb) Konkretisierung der ersten Stufe .....	139
cc) Konkretisierung der zweiten Stufe .....	140
c) Bedeutung der Entscheidung .....	141
3. Verbundene Rechtssachen X und Y (2022) .....	141
a) Ausgangsverfahren und Vorlagefragen .....	141
b) Vorabentscheidung des EuGH vom 22. Februar 2022 .....	142
aa) Dogmatische Festigung des Zwei-Stufen-Tests .....	142
bb) Konkretisierung der ersten Stufe .....	143
(1) Normative Ergänzung der Unabhängigkeitsdogmatik .....	143
(2) Neuordnung der Tatsachenmittel .....	143
cc) Konkretisierung der zweiten Stufe .....	146
c) Bedeutung der Entscheidung .....	147
4. Zwischenergebnis .....	148
IV. Zwischenergebnis .....	148
<i>B. Annäherung an den Begriff der systemischen Mängel in Justizsystemen</i> .....	149
I. Mängel .....	150
II. Systemisch .....	150

1. Etymologie .....	151
2. Abgrenzungen .....	151
a) Systemische Mängel sind keine „einfachen“ Mängel .....	152
b) Systemische Mängel sind nicht zwangsläufig systematische Mängel .....	152
c) Systemische Mängel sind keine allgemeinen Mängel .....	152
3. Werteorientierte Konkretisierung des Begriffs .....	153
a) Art. 2 EUV als normative Grundlage des gegenseitigen Vertrauens .....	153
b) Gebot zur Achtung des Art. 7 EUV .....	154
c) Fehlende Regelhaftigkeit als Kennzeichen systemischer Mängel .....	154
4. Konkrete Bestimmungsansätze aus dem Schrifttum .....	155
a) Quantitatives Element .....	155
b) Qualitatives Element .....	155
c) Weder quantitativ noch qualitativ: Fehlerproduzierende Systemstruktur .....	156
d) Sowohl quantitativ als auch qualitativ: Verbindender Ansatz .....	157
e) Stellungnahme .....	157
5. Zwischenergebnis .....	159
III. Justizsysteme .....	160
IV. Zwischenergebnis .....	161
<i>C. Fehlen einer abschließenden Begriffsdefinition .....</i>	161
I. Systemische Mängel als Typusbegriff .....	161
II. Konturenlosigkeit als Kehrseite offener und sachverhaltsflexibler Rechtsbegriffe .....	163
III. Systemische Mängel als grundrechtsdogmatische Figur .....	164
IV. Zwischenergebnis .....	164
<i>D. Ergebnis zu § 7 .....</i>	165
§ 8 Ergebnisse des zweiten Teils in Thesen .....	167
Dritter Teil: Systemische Mängel in Justizsystemen als Anwendungsfall einer Kontextmethode in der horizontalen Aufsicht über die nationalen Justizsysteme der Mitgliedstaaten	169
§ 9 Normebene: Zur Begründung einer Kontrollkompetenz der Union in der rechtsförmigen Aufsicht über nationale Justizsysteme .....	171
<i>A. Herausforderungen auf Normebene .....</i>	171

<i>B. Gegenseitige Verstärkung von Art. 47 GRC, Art. 19 EUV und Art. 2 EUV . . . . .</i>	<i>172</i>
<i>I. Begründung eines weitreichenden Anwendungsbereichs wertekonkretisierender Normen . . . . .</i>	<i>172</i>
1. Mittelbare Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte über Art. 51 GRC hinaus? . . . . .	173
2. Begründungsansatz und Kritik aus dem Schrifttum . . . . .	174
a) Konkretisierungszusammenhang zwischen Art. 2 EUV und Art. 47 Abs. 2 GRC: Figur der gegenseitigen Verstärkung . . . . .	175
b) Paralleler Konkretisierungszusammenhang zwischen Art. 2 EUV und Art. 19 EUV: Maßstabsverdopplung? . . . . .	176
aa) Nebeneinanderstehende Konkretisierungszusammenhänge . . . . .	176
bb) Kein Konkretisierungszusammenhang zwischen Art. 19 Abs. 1 UAbs. 2 EUV und Art. 47 Abs. 2 GRC . . . . .	178
c) Absolute Grenze der Art. 6 Abs. 1 UAbs. 2 EUV und Art. 51 Abs. 2 GRC . . . . .	179
3. Würdigung . . . . .	180
a) Transparenzdefizite in der bisherigen Rechtsprechung . . . . .	180
b) Zweiteilung in eine nationale Regelungskompetenz und eine unionale Kontrollkompetenz . . . . .	181
4. Zwischenergebnis . . . . .	182
<i>II. Restriktive Auslegung wertekonkretisierender Normen . . . . .</i>	<i>182</i>
1. Dogmatikvermeidender Ansatz des EuGH . . . . .	183
a) Negative Inhaltsbestimmung . . . . .	183
aa) Rückschrittverbot . . . . .	184
bb) Beschränkung auf „rote Linien“ . . . . .	184
cc) Stellungnahme . . . . .	185
b) Offener und flexibler Maßstab . . . . .	186
c) Offene Zurückhaltung und dezentraler Ansatz . . . . .	186
d) Zwischenergebnis . . . . .	187
2. Methode . . . . .	187
a) Begrenzte Leistungsfähigkeit der Methode . . . . .	187
b) Gekippte Prinzipienabwägung . . . . .	188
c) Rückgriff auf die Rechtsprechung des EGMR, Art. 52 Abs. 3 GRC . . . . .	188
d) Untergewichtung der nationalen Vorgaben? . . . . .	189
e) Zwischenergebnis . . . . .	189
<i>III. Zwischenergebnis . . . . .</i>	<i>190</i>
<i>C. Systemische Mängel im Lichte übergeordneter Deutungsangebote . . . . .</i>	<i>190</i>
<i>I. Deutungsvorschläge . . . . .</i>	<i>190</i>
1. Wertekonstitutionalismus . . . . .	190

2. Werteföderalismus .....	193
3. Verteidigung der Grundlagen eines europäischen Rechtsraumkonzepts .....	193
4. Würdigung .....	195
II. Dogmatische Entwicklungsszenarien .....	196
1. Materiell-rechtliche Erweiterungsszenarien .....	196
a) Operationalisierung anderer Werte des Art. 2 S. 1 EUV ....	196
b) Kein potenzieller Anwendungsbereich der systemischen Mängel .....	197
2. Prozessrechtliche Erweiterungsszenarien .....	198
a) Institutionell-legitimatorische Bedenken .....	199
b) Rechtsdogmatische Bedenken .....	199
c) Kein potenzieller Anwendungsbereich der systemischen Mängel .....	200
III. Systemische Mängel als krisenverklammernder und aufsichtsanleitender Scharnierbegriff .....	201
D. <i>Ergebnis zu § 9</i> .....	204

§ 10 Tatsachenebene: Zur Bündelung von Legitimationsressourcen durch die Kontextmethode in der dezentralen Aufsicht über die nationalen Justizsysteme .....	205
A. <i>Herausforderungen auf Tatsachenebene</i> .....	205
B. <i>Systemische Mängel in Justizsystemen als Ausdruck einer ebenenverschränkenden Kontextmethode</i> .....	206
I. Zur Kontextmethode .....	206
1. Deutung als Kontextmethode im Schrifttum .....	206
2. Konturen der Kontextmethode .....	207
3. Zwischenergebnis .....	207
II. Systemische Mängel als begriffsgewordene Kontextmethode .....	207
1. Rechtliches „Milieu“ .....	208
2. Normative Entstehungsbedingungen .....	208
3. Merkmale .....	209
a) Dezentralität .....	209
aa) Konstellationen der Rechtsstaatsvorlage .....	210
bb) Hervorgehobene Rolle der nationalen Gerichte .....	210
cc) Systemische Mängel als Begriff in der zwischenstaatlichen Konstellation .....	211
b) Verpflichtung nationaler Gerichte zur Kontextbildung .....	212
aa) Berechtigte (systemische) Zweifel der Rechtsunterworfenen als flexibler Prüfungsmaßstab ....	212
bb) Besonderheiten der systemischen Mängel .....	213

c) Verschiebungen im Wechselblick hin zur Tatsachenfeststellung: Wahrheit statt Wertung? .....	214
aa) Besondere Bedeutung der zu ermittelnden Tatsachen ...	215
bb) Erzeugung hinreichender Evidenz .....	216
(1) Evidenz durch Sachnähe in der innerstaatlichen Konstellation .....	216
(2) Evidenz durch Pluralität und Objektivität in der zwischenstaatlichen Konstellation .....	216
4. Zwischenergebnis .....	219
<b>III. Zwischenergebnis .....</b>	<b>219</b>
<i>C. Verschiebungen im institutionellen Gefüge der europäischen Verfassungsaufsicht durch die Kontextmethode in der zwischenstaatlichen Konstellation .....</i>	<i>219</i>
I. Zentralisierungsdruck .....	220
1. Das Problem eines „Wertungsdrifts“ im Einschätzungsverbund	220
2. Hierarchisierung der Tatsachenmittel .....	220
II. Die Akteure im Einzelnen .....	221
1. Grundrechtsträger: Sicherung statt Sanktion? .....	221
a) Subjektivierung objektiven Rechts oder Objektivierung subjektiver Rechte? .....	222
b) Horizontal Solange: Systemische Mängel als rechtsfolgenbewährtes Grundrechtsgefährdungsszenario ...	222
c) Sicherung statt Sanktion: Ein Rechtskompromiss zulasten der Unionsgrundrechte? .....	225
aa) Unterscheidung zwischen Sanktion und Sicherung .....	225
bb) Begrenzung gegenseitigen Vertrauens als rechtliche Maßnahme der Grundrechtssicherung .....	226
cc) Kritikanalyse und Würdigung .....	227
d) Zwischenergebnis .....	230
2. Europäische Kommission: Art. 7 EUV durch die Hintertür? ....	230
a) Bedeutungsgewinn zugunsten der Europäischen Kommission .....	231
b) Bedeutungsverlust der anderen politischen Organe? .....	232
c) Eine neue Rolle für Art. 7 EUV .....	233
d) Zwischenergebnis .....	235
3. Fachkundige Dritte: Die Wissenschaft als Tatsachenmittlerin und Begriffsrezipientin .....	235
a) Wissenschaftsintegration .....	235
b) Begriffsbildende Europarechtswissenschaft .....	236
4. Gerichte: Zwischen (Selbst-)Ermächtigung und Überforderung	237
a) Nationale Instanzgerichte: Gefordert und überfordert .....	237
aa) Überforderungssymptome auf der ersten Prüfungsstufe .....	237

bb) Überforderungssymptome auf der zweiten Prüfungsstufe .....	242
cc) Rechtsprechung nationaler Gerichte als besonders relevante Tatsachenmittel .....	245
dd) Zwischenergebnis .....	246
b) Nationale Verfassungsgerichte: Eingebunden und ausgrenzt .....	246
aa) Positive Einbindung .....	246
bb) Negative Ausgrenzung .....	249
cc) Zwischenergebnis .....	250
c) EGMR: Eingebunden, aber degradiert .....	250
d) EuGH: Aufgegebene Zurückhaltung .....	252
aa) Institutionelle Zurückhaltung des EuGH in LM .....	252
bb) Ruf nach mehr Entscheidungsverantwortung des EuGH nach LM .....	253
cc) Selbstreferenz auf Tatsachenebene als „Kompromiss“ seit X und Y .....	254
dd) Zwischenergebnis .....	255
e) Zwischenergebnis .....	255
5. Zwischenergebnis .....	256
III. Würdigung .....	256
1. Pluraler Einschätzungsverbund statt „institutionellem Agenten“ .....	256
2. Recht und Politik .....	257
3. Zentral und dezentral .....	258
4. Sanktion und Sicherung .....	258
D. Ergebnis zu § 10 .....	259
§ 11 Ergebnisse des dritten Teils in Thesen .....	261
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse in Thesen .....	263
Literaturverzeichnis .....	267
Sachregister .....	283